

8 BERICHTE

Filmer erstattet Strafanzeige gegen Finanzbehörden

Der mehrfach ausgezeichnete Tierfilmer Burkhard Lenniger hat nach jahrelangem Rechtsstreit mit dem Finanzamt Cuxhaven jetzt Strafanzeige wegen des »seit 1996 andauernden Verbrechenstatbestandes der Rechtsbeugung im Sinne von § 339 StGB i.V.m. § 240 (Nötigung) sowie 357 StGB (Verleitung von Untergebenen zu Straftaten) gegen den Niedersächsischen Finanzminister Hartmut Möllring, gegen Finanzbeamte der Oberfinanzdirektion Oldenburg sowie des Finanzamtes Cuxhaven gestellt.

Hintergrund ist die Nichtanerkennung des Betriebsausgabenabzuges des vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie klassifizierten Arbeits- und Forschungsschiffes »PIROL«, das Herr Lenniger zusammen mit seiner Frau für Filmaufnahmen seltener Vögel im Wattenmeer nutzt.

Nun hat Steffen Wolf, Verwaltungsdirektor des FBW Wiesbaden, zu den nachfolgenden Äußerungen des FA Cuxhaven gegenüber der Presse Stellung genommen:

1. »Die Sichtung von Filmmaterial würde lediglich die Nutzung des Schiffes für betriebliche Zwecke bestätigen, was bereits anerkannt ist.
2. »Der zeitliche Ausschluss einer privaten Nutzung ergibt sich daraus genauso wenig wie aus einer Besichtigung des Schiffes.« (Zitate FA Cuxhaven vom 14.7.2004 gegenüber der Presse).

Stellungnahme:

1. Mit dieser scheinbar harmlosen Formulierung wird dokumentiert, dass der Verfasser den Sachverhalt, den er beurteilt bzw. bewertet nicht kennt oder aber falsch einschätzt. Technisch gesehen ist die »Sichtung von Filmmaterial« ein unverzichtbarer Teil des Filmproduktionsprozesses, der auch als Muster sichten und aussortieren bezeichnet wird. Gemeint ist damit der Vorgang, der unmittelbar den Aufnahmen folgt und damit

- a. der Qualitätskontrolle der Aufnahmen und
- b. der Entscheidung dient, welche Aufnahmen neu gemacht bzw. wiederholt werden müssen. Aus Kostengründen ist die Mustersichtung unmittelbar vor Ort der Dreharbeiten vorzunehmen.

2. Nicht der Laie, wohl aber jeder erfahrene Fachmann kann an Hand der Aufnahmeobjekte (Tiere und ihr Lebensumfeld) und des abgebildeten Verhaltens beurteilen, welcher Zeitaufwand hinter den Bildern steckt. Dieser ist nicht identisch mit der eigentlichen Aufnahmezeit, sondern impliziert die gesamte, oftmals mühsame Vorbereitungs- und Beobachtungsphase, die nicht in Minute und Stunde, sondern in Tagen oder gar Wochen bemessen werden muss.

Neben dem RUNDBRIEF (Ausgabe 75) berichteten in den letzten Monaten zahlreiche TV-Sender, der Hörfunk und viele Zeitungen über diesen Fall, bisher jedoch ohne die Finanzbehörden zum einlenken bewegen zu können. Nun hofft Burkhard Lenniger über die Strafanzeige zu seinem Recht zu kommen.

Infos www.aussichten-online.de/pirol.html.

Hunger auf Gewalt in den Medien? Tabubrüche für die Quote?

Viele Interessierte waren Anfang November nach Hannover gekommen, um sich von Expertinnen und Experten über das vielschichtige Thema »Gewalt in den Medien« informieren zu lassen. Die Redaktion der Sendung »Tacheles - Talk am roten Tisch« hatte anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens zu einem Medienkongress eingeladen.

Auf dem Podium diskutierten u. a. die Fernsehmoderatorin Astrid Frohloff und der »Kriegsberichterstatter« Christoph Maria Fröhder über Quotenjagd und journalistischen Anspruch.

Über »Mörderisches Vergnügen - Unterhaltung mit aller Gewalt« sprachen die Krimiautorin Thea Dorn, der Fernsehkommissar Oliver Mommsen und der praktizierende Horrorfilmer Jörg Buttgeriet. Seine Filme, so Buttgeriet, in denen beispielsweise eine Leiche in einer Badewanne zersägt wird, seien schon beinahe ein pädagogischer Beitrag gegen Gewalt, denn in seinen Filmen sei »Gewalt nicht konsumierbar«. Er sieht viel größere Probleme in der alltägli-

Pfeiffer stellte auch eine interessante Studie seines Kriminologischen Forschungsinstitutes vor. Die Gewalt in den Medien sei um ein mehrfaches höher als die reale Gewalt. Hier sei vor allem das Private Fernsehen Vorreiter. Das dadurch erzeugte Bedrohungsgefühl fördere die »Straflust« sowohl in breiten Teilen der Bevölkerung als auch in der Justiz. 1989 habe die Resozialisierung einen hohen Stellenwert besessen, heute stehe »Tatvergeltung und Unschädlichmachung des Täters« ganz oben auf der Juristischen Tagesordnung. Eine Umfrage unter jungen Juristen sollte auch die Verantwortlichen in den Medien aufschrecken: Der verstärkte Konsum von medialer Gewalt habe dazu geführt, dass sich ca. 25 % der Nachwuchsjuristen für die Einführung der Todesstrafe aussprachen. (Karl Maier)

Kulturministerin soll Abbau der Filmförderung verhindern

Die Deutsche Filmakademie hat Kulturstatsministerin Christina Weiss in einem Offenen Brief aufgefordert, sich auf ministerieller Ebene gegen den Abbau der Filmförderung von Ländern und TV-Sendern einzusetzen. »Angesichts der Anerkennung, die dem deutschen Film heute in Deutschland selbst, aber auch international gezollt wird«, seien die derzeitigen »drastischen« Förderkürzungen ein »kaum zu korrigierender kulturpolitischer Fehler, um nicht zu sagen kulturpolitische Blindheit«. Filmkultur sei ein »unverzichtbares Element in der Identitätsbildung einer deutschen Kulturnation«. Derzeit werde die deutsche Filmkultur durch die aktuellen Mittelkürzungen »in ihre schwerste materielle Krise« gestürzt.

Rechnungshof: Kulturell anspruchsvolle Filme fördern

Wie der Branchendienst »Entertainment Daily« berichtet, hat der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) den FilmFernsehFonds Bayern kritisiert. Der Marktanteil deutscher Filme und die Rückzahlungen von Fördermitteln aus erfolgreichen Produktionen hätten sich nach Errichtung des Fonds im Jahr 1996 nicht wesentlich verbessert, heißt es in dem Bericht der Behörde. Die Darlehen hätten gegenwärtig den Charakter verlorenen Zuschüsse. Der ORH stellt außerdem den von der Förderung verlangten Bayern-Effekt bei Ausgaben der Produktionsfirmen als »Zwangsrationalisierung« in Frage. Der Rechnungshof fordert angesichts der angespannten Haushaltslage alle Länder auf, ihre Filmförderung auf kulturell anspruchsvolle Produktionen zu beschränken.



Moderator Jan Dieckmann im Gespräch mit Prof. Dr. Jo Groebel, Direktor des Europäischen Medieninstituts über Gewalt, Tabubrüche und Trends im Fernsehmarkt
Foto: Karl Maier

chen Konfrontation mit der »normalen, sauberen Gewalt«. Auch Thea Dorn hält eine Diskussion über die Situation in unserer Gesellschaft für wichtiger als zum wiederholten Mal über die Gewalt in den Medien zu lamentieren.

Praktische Konsequenzen forderte der ehemalige Justizminister Christian Pfeiffer. Nur durch flächendeckende Angebote von Ganztagschulen seien Jugendliche vor der »Medienverwahrlosung« zu bewahren. Bereits jetzt sei die Gesamt-TV-Zeit höher als die Zeit, die Kinder und Jugendliche in der Schule verbringen.